

## Protokollauszug aus der 26. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses vom 09.09.2020

---

öffentlich

**Top 3.7    Sicherer Hafen II  
20/SVV/0856  
geändert beschlossen**

Herr Dr. Zöller bringt den Antrag namens der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKEN in einer neuen Fassung ein.

Anschließend macht die Vorsitzende des Migrantenbeirates, Frau Pohle, auf die dazu ausge-reichte Stellungnahme des Migrantenbeirates aufmerksam, in der der vorliegende Antrag nach-drücklich unterstützt werde. Sie betont, dass die Bereitschaft und der Wille, schnell und unbüro-kratisch zu helfen, nicht von Land und Bund, sondern von den Kommunen komme.

Herr Exner betont, dass mehr nötig sei als bisher und insgesamt zu wenig für die Lösung der Probleme getan wurde. Es bedürfe eines geplanten Handelns über alle Ebenen und wichtig sei ein Landesaufnahmeprogramm.

Herr Linke führt aus, dass der Antrag in Folge der Ereignisse falsch formuliert sei und die ur-sprüngliche Fassung des Antrags mit dem Satz der neuen Fassung ergänzt werden sollte.

Nach kontroverser Diskussion betont Herr Dr. Zöller, dass im Grunde alle das gleiche Ziel verfol-gen und die Fraktion dem Vorschlag von Herrn Linke folgen werde.

Herr Kolesnyk macht auf die Probleme der Umsetzung bereits existierender Beschlüsse aufmerk-sam. Die Aufnahme unbegleiteter Kinder und Jugendlicher scheiterte daran, dass es diese Gruppe unter den Geflüchteten nicht mehr gegeben habe. Deshalb sollten die Formulierungen nicht so festgezurrt werden.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass es den politischen Wille gebe, etwas bewegen zu wollen, nur könne das Vorgehen gerade nicht abschließend beurteilt werden. Er schlägt vor, die Zeit bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu nutzen, um eine adäquate Formulierung zu finden.

Auf Empfehlung der stellvertretenden Vorsitzenden, Frau Armbruster, wird die Sitzung unterbro-chen und verständigen sich die Fraktionen auf einen Formulierungsvorschlag, der anschließend zur Abstimmung gestellt wird:

**Der Hauptausschuss beschließt:**

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sich bei der Brandenburger Landesregierung für ein Landesaufnahmeprogramm für Geflüchtete einzusetzen, das eine deutlich erhöhte Auf-nahme von Geflüchteten vorsieht.**

**Die Stadtverordnetenversammlung bekräftigt ihren Beschluss 18/SVV/0878 und ist bereit, eine erhöhte Anzahl geflüchteter Menschen aufzunehmen, insbesondere unbegleitete min-derjährige Flüchtlinge.**